

Gewerkschaftliche Rundschau

Organ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen,
Mitglied des Gesamtverbandes der Christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr. 11

Erscheint alle 14 Tage. Durch die Post bezogen monatl. 50 Pfg., mal Teurungszahl des Börsenvereins der Buchhändler.

Köln, den 31. Mai 1924

Hauptgeschäftsstelle: Benloer Wall 9. Fernspr. Anno 8538. Postfach-Konto Köln 18937.

12. Jahrg.

Tadeln ist leicht; deshalb versuchen sich so viele darin. Mit Verstand loben ist schwer; darum tun es so wenige.

Heuerbach.

Neue Ausflüchte für den neuen Reichsmanteltarif der Gemeindearbeiter

eröffnen die Vorschläge des Reichsarbeiterverbandes, die uns zum vor Redaktionsschluss zugehen. Wir trauten unseren Augen kaum, als wir sie durchsahen. Auf Einzelheiten können wir nicht mehr eingehen und beschränken uns daher auf einige Hauptpunkte. Da soll zunächst der Kreis der nicht unter den Tarif fallenden Personen wesentlich erweitert werden. Die Arbeitszeit soll im Jahresdurchschnitt wöchentlich 54 Stunden ausschließlich der Pausen betragen. Sie soll grundsätzlich geteilt sein. Als ausschlaggebende Ueberstunden sollen erst die über das zulässige Wochenarbeitsmaß hinausgehenden Stunden gelten. Die Pausen nach zweistündiger Ueberarbeit sollen von 15 auf 10 Minuten, nach dreistündiger Ueberarbeit von 30 auf 20 Min. herabgesetzt werden. Der Ueberstundenzuschlag soll von 25 Proz. auf 10 Proz. bzw. von 50 auf 15 Proz. gekürzt werden. Für Nacht- und Sonntagsarbeit soll ein Zuschlag überhaupt nicht mehr gezahlt werden, gleichviel ob es sich um dienstplanmäßige oder nichtdienstplanmäßige Nacht- oder Sonntagsarbeit handelt, gleichviel auch, ob bisher eine Zulage oder ein Zuschlag oder was sonst gewährt wurde.

Ein starker Abbau ist ferner auch bei den sozialen Einrichtungen vorgesehen. Beim Urlaub soll die Höchstdauer von 17 auf 14 Tage herabgesetzt werden.

Wir sehen die jetzige Regelung und die neuen Vorschläge nebeneinander.

jetzt:		Vorschlag	
nach 1 Dienstjahre	4 Rd.-T.	4 Rd.-T.	4 Rd.-T.
3	7	4	7
5	10	7	10
10	14	10	14
15	17	14	17
20	17	14	17

Die Bestimmung, wonach Arbeiter von mehr als 45 Jahren in jeder Stufe einen um drei Tage längeren Urlaub erhalten, ist beseitigt.

Auch beim Krankenlohn ist ein erheblicher Abbau vorgesehen. Er soll betragen statt bisher 66% Prozent nur 50, statt 75 Prozent nur 60, statt 80 bis 90 Prozent nur 65 Prozent. Das bedeutet geradezu den völligen Abbau des Krankenlohnes. Nur die Alters- und Hinterbliebenenversorgung sollen die Arbeiter allmählich zu den Kosten herangezogen werden,

wohingegen bis jetzt viele Gemeinden diese Kosten allein getragen haben.

Als die Kündigung des R.M.T. durch den Reichsarbeiterverband erfolgte, hatten wir schon starke Befürchtungen wegen der beachtlichen Verschlechterungen. Aber wir sehen selbst die schlimmsten Befürchtungen stark übertrieben. Wir wollen den bevorstehenden Tarifverhandlungen, die am 2. und 3. Juni in Weimar stattfinden, nicht vorgreifen. Aber das eine glauben wir doch schon mit aller Bestimmtheit sagen zu können, daß wir es für aussichtslos halten, daß auf der Grundlage der Arbeitgebervorschläge eine Einigung erzielt werden kann. Diese Vorschläge hatten wir für unannehmbar. Der Reichsarbeiterverband baut ansehnend auf die Schwäche der Gemeindearbeiterverbände. Die Gemeindearbeiter werden diese Spekulation zu nichte machen. Mit diesen Vorschlägen haben die Arbeitgeber selbst das Warnungssignal für die deutschen Gemeindearbeiter gegeben: Gemeindearbeiter, schließt euch an! Hinc in die gewerkschaftliche Organisation.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Die Arbeitgeber gegen jede Lohnerhöhung. Obwohl die Löhne in fast sämtlichen öffentlichen Betrieben wesentlich unter dem Reallohn der Vorkriegszeit liegen, die Lebenshaltungskosten aber durchweg 25 bis 30 Prozent höher wie 1914, stoßen die Gewerkschaften überall bei ihrem Bestreben, die Löhne den in letzter Zeit wieder langsam, aber ständig steigenden Preisen anzupassen, auf den schärfsten Widerstand.

Der Bezirksarbeiterverband rheinisch-westfälischer Gemeinden lehnte es stattdeswegen ab, über Lohnerhöhungen zu verhandeln. Der Arbeitgeberverband der Gemeinden in der besetzten Rheinprovinz hat in einer Sitzung am 15. Mai die Forderung der Gewerkschaften nach einer 20prozentigen Lohnerhöhung diese ebenfalls abgelehnt mit der Begründung:

„Die Löhne der örtlichen Industrien seien zum Teil noch niedriger als die der Gemeindearbeiter, seit dem 7. April sei keine nennenswerte Steigerung des Index zu verzeichnen und vor allen Dingen trügen höhere Löhne die Gefahr einer neuen Inflation in sich.“

Eine andere Behörde, die Verwaltung der Provinz Brandenburg, versuchte kurzerhand die Gewerkschaften beiseite zu schieben und für ihre Wegewarter bei 10stündiger Arbeitszeit Stundenlöhne von 21 $\frac{1}{2}$ in den teuersten Bezirken, ganz einseitig festzusetzen.

In der Provinz Sachsen hatten die Gemeindearbeiter an den Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden, Sitz Magdeburg, Lohnforderungen gestellt, die bis zu der „enormen“ Höhe von — 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn gingen. In der Tagespresse äußern sich nun die führenden Persönlichkeiten in diesem Verbände, die zum Teil Sozialisten sind, zu diesen Forderungen wie folgt:

„Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband hat es abgelehnt, dem Ultimatum der Gemeindearbeiter entsprechend in Lohnverhandlungen einzutreten. Der Mitteldeutsche Arbeitgeber-

verband wird es gegenüber der Volksgemeinschaft, dem Reiche und der Wirtschaft nicht verantworten können, den Forderungen der Gemeindearbeiter auch nur annähernd zu entsprechen. Würden die Gemeindearbeiterlöhne über die Löhne der Reichs-, Staats- und Industriearbeiter hinaus festgesetzt werden, so würden auch diese mitgerissen. Beim Reiche und Staat würde dies den Zusammenbruch der eben mühsam aufgebauten Haushaltspläne bedeuten, was im übrigen auch für die Gemeinden weiter zutrifft, der Industrie würde durch untragbare Lohnerhöhungen der letzte Rest von Absatzmöglichkeiten genommen werden. Für die Volksgemeinschaft aber würde eine zur Zeit unmögliche Anspannung des Lohnniveaus den Zusammenbruch der Währung, der Vorbedingung jeden Wiederaufbaues des deutschen Wirtschaftslebens, bringen. Das neue starke Lohnerhöhungen unweigerlich die Preise hinaufschrauben müssen, dürfte nicht übersehen werden. Die Gemeindearbeiter sollen sich bewußt sein, welche Verantwortung sie durch ihr unverständliches Vorgehen auf sich laden. Demokratie heißt nicht, für sich alles herauszuholen, unbefürmert um die Volksgemeinschaft, sondern seine eigenen Interessen denen der Volksgemeinschaft unterordnen. Die Gemeindearbeiter sabotieren z. B. in einer Anzahl Verwaltungen wider Treu und Glauben das Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit. Die Feststellung dieser Tatsache beantworten sie mit einer Verdrehung der Vorgänge und mit Vorwürfen gegen den Geschäftsführer des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes. Eine billige Taktik, aber auch ein Zeichen für die gewerkschaftliche Schulung und die moralische Einstellung einzelner maßgebender Beamten und Mitglieeder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.“

Wir wollen gewiß nicht verkennen, daß auch die öffentlichen Körperchaften zum Sparen gezwungen sind. Die Zeiten, wo es möglich war, durch Herausgabe von Notgeld ganz erhebliche Inflationsgewinne zu machen und damit die Ausgaben zu decken, sind vorüber. Sie müssen nunmehr wieder durch Steuern, Gebühren, Tarife usw. ihren Etat in Ordnung zu bringen versuchen. Bei einer vernünftigen Steuer- und Tarifpolitik muß dieses auch gelingen, insbesondere deshalb, weil der Wertminderung des Wertes der öffentlichen Körperchaften, auch ein erheblicher Gewinn durch Vorkauf der Verzinsung und Tilgung der Schulden — diese sind doch in wertvollem Papiergeld völlig abgestoßen. — gegenübersteht. Aber gar so schlecht, wie man uns die finanzielle Lage der Gemeinden usw. zu schildern versucht, ist sie in Wirklichkeit nicht.

Leider muß die Behauptung, daß vielfach die Löhne der örtlichen Industrien noch niedriger seien wie der öffentlichen Betriebe, als unzutreffend hingenommen werden. Aber auch hier wird vielfach übertrieben. Um nach außen hin nicht als tarifunreu zu erscheinen, ist in vielen privaten Betrieben der eigentliche Stundenlohn zwar recht niedrig festgesetzt. Durch Einzelgruppen- und Kolonnenarbeit usw. wird aber die Realität gegeben, auch bei normalen Leistungen wesentlich höhere Verdienste zu erzielen. Und wo die Löhne der Privatindustrie noch wesentlich unter die

